

## **Rede von Frank Bsirske**

**14. September 2013 in Bochum**

### **Veranstaltung: Bündnis UmFairteilen**

Liebe Freunde und Freundinnen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Euch alle auf diesem Platz hier begrüßen zu können, und erlaubt mir, die tausend streikenden Kolleginnen und Kollegen aus dem Einzelhandel besonders zu begrüßen, die hier unter uns sind. Ihr streikt dafür, dass Löhne gezahlt werden, von denen man anständig leben kann. Ihr streikt, um zu verhindern, dass Löhne abgesenkt werden, wie wir das z. B. erleben bei Werkvertragsnehmern im Einzelhandel, wo Löhne gezahlt werden in Höhe von 6,00 Euro und 6,30 Euro. Das ist arbeitende Armut, Kolleginnen und Kollegen, und arbeitende Armut wollen wir nicht hinnehmen. Arbeit darf nicht arm machen und Arbeit darf nicht entwürdigend sein. Dafür steht ihr und dafür stehen wir alle gemeinsam, Kolleginnen und Kollegen.

Und dann habe ich eine wirklich „gute Nachricht“ mitgebracht. Vor einiger Zeit hat die Bundesbank eine wirklich interessante Zahl veröffentlicht. Danach hatte jeder Bundesbürger und jede Bundesbürgerin durchschnittlich 76.000 Euro auf der hohen Kante. Heute ist dieses Guthaben auf ca. 90.000 Euro gestiegen im Durchschnitt. Ich gratuliere euch, das habt ihr gut hingekriegt.

Seinerzeit erklärte der damalige Generalsekretär der FDP, Dirk Niebel, in einer Bundestagsdebatte: Beginn des Zitats: „Schichten? Ich kenne keine Schichten, ich kenne nur Chancen, und die sind für alle gleich.“ Zitatende

Er hatte das mit dem Guthaben von 76.000 Euro bei jedem Bundesbürger und jeder Bundesbürgerin wohl wörtlich genommen, Kolleginnen und Kollegen, ein Fall von notorischer Realitätsverweigerung. Denn in Wirklichkeit merken natürlich jede Menge Leute von dem Privatvermögen, wenn man das durch die Anzahl der Einwohner in unserem Land teilt, nichts, denn auf ihrem Konto liegt das Geld nämlich nicht. Da hilft auch der schönste Durchschnitt nicht weiter. Wenn aber viele nichts davon haben, dann müssen wenige viel davon haben, und davon wieder sehr wenige sehr viel.

Tatsächlich ist der Reichtum in Deutschland sehr groß, wir sind ein Eldorado für die Superreichen, für die Aldi-Albrechts, die BMW-Quandts, die Ottos und die anderen unter den 100 reichsten Deutschen. Sie allein besitzen ein Vermögen von 307 Milliarden Euro und ihr Vermögen steigt und steigt, allein im letzten Jahr mit einem Plus von sechs Prozent.

Nun sind Prozentzahlen ja manchmal etwas abstrakt. Machen wir es mal ein bisschen konkreter und halten uns an das ManagerMagazin. Ihm zufolge wuchs das Vermögen von Susanne Klatten, der reichsten Frau Deutschlands, im Jahr 2011 um 2,6 Millionen Euro täglich. Und Klatten stand in diesem Jahr auf der Liste der hundert reichsten Deutschen auf Platz 7, dies nur mal so zur Einordnung der Zahlen. 2,6 Mio. Euro Vermögenszuwachs täglich, das kann nun wahrhaftig nicht jeder von sich behaupten. Kein Wunder, der private Reichtum in unserem Land ist sehr ungleich verteilt.

Das reichste Promille in unserem Land, die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung, das sind ca. 70.000 bis 80.000 Menschen, die besitzen hierzulande nach Angaben des DIW, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, ca. 22 Prozent des deutschen Nettovermögens, das sind ca. 2 Billionen Euro. Und wenn wir den Kreis etwas erweitern auf das reichte eine Prozent unserer Bevölkerung, so stellt man fest, dem gehört ca. ein Drittel des Nettovermögens, das sind ca. 3,6 Billionen Euro.

Und das wäre vielleicht alles gar nicht weiter wild, hätten wir es nicht gleichzeitig mit einer strukturellen Unterfinanzierung unseres Bildungssystems zu tun, und zwar von der Krippe bis zur Hochschule. Und mit einem Pflegenotstand, z. B. bei der Pflege von pflegebedürftigen alten Menschen, und mit einer zum Teil maroden öffentlichen Infrastruktur. Und mit einem Bund mit Ländern und Gemeinden, die auf einem Schuldenberg in Höhe von ca. 2,2 Billionen Euro sitzen. Während einige immer reicher und reicher werden, stehen Bund, Länder und Gemeinden immer tiefer in der Kreide.

Im letzten Jahrzehnt haben die Reichen ihr Vermögen vermehrt, während gleichzeitig die öffentlichen Schulden nach oben geschossen sind. Woher kommen diese Schulden? Wieso sind sie in den letzten Jahren so nach oben geschossen? Zwei Ursachen waren dafür in den letzten Jahren ausschlaggebend. Ursache Nummer 1: Die Finanzmarktkrise. In der Finanzmarktkrise rettete der Staat die Banken vor dem Totalschaden zulasten der Steuerzahler. Mit milliardenschweren Finanzhilfen und Bürgschaften für die Banken sind die Vermögensbesitzer vor Verlusten bewahrt worden. Große Vermögen mit Aktien, Banken mit Staatsanleihen haben davon besonders profitiert. Heute haben die Vermögensbesitzer die Krise hinter sich. Die Geldvermögen sind noch da. Nur die Schulden sind gestiegen, die Schulden in Europa wie in Deutschland. Allein die deutschen Staatsschulden stiegen durch Wirtschafts- und Finanzkrise und Bankenrettung um 400 Milliarden Euro. Drei Viertel dieser Schulden, satte 300 Milliarden Euro, kostete allein die Rettung von Hypo Real Estate, Commerzbank und Co.

Aber das war längst nicht alles, denn obendrein sind die Reichen und Superreichen noch mit üppigen Steuergeschenken beschenkt worden. Dies ist die Ursache Nummer 2 für den Schuldenanstieg. Über Jahre haben die Regierungen Schröder und Merkel die Steuern gesenkt und dafür gesorgt, dass es für die Unternehmer, Erben, Reichen immer mehr Netto vom Brutto wurde. Heute ist der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtaufkommen der Steuern auf einem Tiefstand seit 60 Jahren, dafür liegt der Anteil der Lohnsteuer auf einem Höchstniveau verglichen mit 1945. Wer hat, dem wird gegeben, Kolleginnen und Kollegen.

Durch diese Steuergeschenke wuchs der Schuldenberg im letzten Jahrzehnt um insgesamt rund 380 Milliarden Euro. Das entspricht knapp der Hälfte der gesamten Nettoneuverschuldung in diesem Zeitraum. Der Anstieg der Staatsverschuldung ist also keineswegs das Ergebnis laxer Haushaltspolitik. Hierzulande sind die gesamten Staatsausgaben vor der Krise sogar gesunken. Der Schuldenanstieg resultierte vielmehr aus politischer Reichtumspflege und den Folgen der Finanzmarktkrise. Und nun kommt Frau Merkel, stellt sich vor die Kameras und sagt, ich zitiere: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.“ Und ich weiß nicht, wie es euch geht. Da steht man und reibt sich die Augen und fragt sich, wen meint sie eigentlich mit dem „wir“, wenn sie davon spricht, dass „wir“ über unsere Verhältnisse gelebt haben?

Nun ja, gesagt hat sie das im Juni 2010, dann kam das sogenannte Sparpaket, das Kürzungspaket der Bundesregierung, und spätestens dann war klar, sie meint die Arbeitslosen und die Rentnerinnen und Rentner. Da soll gespart werden. Während Topeinkommen und Vermögen tabu sind, sollen die Schuldenberge dadurch abgetragen werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner den Gürtel enger schnallen. So wird die Finanzmarktkrise zur Staatsschuldenkrise umgedeutet, und wird der Anstieg der Schuldenquote Anlass für neuerliche Ausgabensenkungen und Ausgabensenkungsrhetorik, gerade so als sei der Schuldenanstieg nicht Ausfluss der Reichtumspflege und Bankenrettung, sondern Folge überbordender Sozialausgaben. Damit, Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Bluffnummer, mit diesen immer neuen Initiativen der Umverteilung von unten nach oben muss endlich Schluss sein.

Es muss aufhören, dass Deutschland bei der Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften eine Steueroase ist. Würden wir in dieser Hinsicht auf das durchschnittliche Besteuerungsniveau in Europa aufschließen, hätten wir jährlich Mehreinnahmen von über 20 Milliarden Euro. Und es muss aufhören, dass Deutschland ein Niedrigsteuerland bei Unternehmensgewinnen und Kapital ist. Zwei Prozentpunkte vom Bruttoinlandsprodukt trennen uns hier von der durchschnittlichen Besteuerung in der Europäischen Union, sagt die Europäische Kommission in ihrem regelmäßig erscheinenden Steuerbericht für die EU. Zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das sind 54 Milliarden Euro, die uns Jahr für Jahr von der durchschnittlichen Gewinnbesteuerung in der Europäischen Union trennen.

Wenn wir nur diese beiden Steuern zusammen nehmen, reden wir über jährliche Einnahmen in Höhe von ca. 70 Milliarden Euro, auf die in Deutschland zurzeit zugunsten von Gewinnen und großen Vermögen verzichtet wird. Und ich sage Euch, Kolleginnen und Kollegen, im Lichte dieser Fakten stellt sich das, was auf den ersten Blick als Schuldenkrise des Staates erscheint, bei näherem Hinsehen doch als Krise des Steuerstaates heraus, als Krise eines Steuerstaates, der seine Geldvermögensbesitzer steuerlich außerordentlich privilegiert.

Und dann ist natürlich klar, ein Staat, der seine Geldvermögensbesitzer unterbesteert, gemessen am Durchschnittsbesteuerungsniveau in der EU, der muss sich das Geld, das ihm zur Wahrnehmung seiner Aufgaben fehlt, anschließend bei eben diesen Besitzern von Geldvermögen leihen und zahlt dafür auch noch Zinsen an sie, zurzeit zwar recht niedrige, aber das wird nicht lange so bleiben, Kolleginnen und Kollegen. Oder er muss an Aufgaben- und Sozialabbau gehen. Das erleben wir gegenwärtig, aber von Gott gegeben ist das nicht. Wir haben uns zusammen getan, um das zu ändern, Kolleginnen und Kollegen.

Die Bewältigung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben ist eine Verteilungsfrage. Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Und wenn es jetzt um Schuldenabbau geht, dann muss der private Reichtum zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden, und zwar über eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften und Vermögen über eine Vermögensabgabe, die nur Reiche trifft. Solche Leute, die wirklich reich sind, die netto mehr als eine Million nach Abzug aller Verbindlichkeiten und Schulden haben.

Und, Kolleginnen und Kollegen, wenn der persönliche Freibetrag bei einer Million Euro liegt, und das ist die Position der Oppositionsparteien, dann reden wir über eine Millionärs- und Milliardärsabgabe. Damit lässt sich aufgrund der starken Vermögenskonzentration ein

Aufkommen von gut und gerne 250 Milliarden Euro erzielen. Und das sind Einnahmen, mit denen nicht nur Schulden abgebaut, sondern auch Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit finanziert werden können, nicht nur Investitionen „in Beton“ sondern auch „in Köpfe“, Kolleginnen und Kollegen.

Dafür treten wir ein. Wir hier auf dem Platz, zusammen mit den Trägern des Bündnisses UmFAIRteilen und seinen Unterstützern, zu denen, neben vielen anderen, auch die Oppositionsparteien im Bundestag, SPD, Linke und Grüne, gehören. Wir sagen, wenn schon, dann sollen diejenigen für die Krise zahlen, die es sich am ehesten leisten können, und nicht die schwächsten. Das ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen, und dafür treten wir zusammen ein.

Ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit ist das, nicht nur weil in Deutschland die Einkommenszuwächse in den letzten 15 Jahren weitestgehend bei den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung angekommen sind, am dicksten bei den reichsten einem Prozent. Nicht nur, weil die Verteilung immer ungleicher geworden ist, sondern auch, weil es diese Kreise, diese Profiteure der Steuerpolitik und Bankenrettung gewesen sind, die am meisten davon profitiert haben, dass ihre Vermögen geschont wurden durch Bankenrettung und durch das, was die Steuerzahler an Schulden für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise aufgenommen haben. Es ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, diese Kreise stärker heranzuziehen zur Bewältigung der gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben. Das ist unsere Position, dafür treten wir ein: Für faires Teilen und für mehr Steuergerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen.

Und das findet bei vielen in der Bevölkerung Unterstützung und Zustimmung und zeigt Wirkung. Alle Parteien der Opposition im Bundestag gehören mittlerweile zu den Unterstützern des Bündnisses UmFAIRteilen, was man von Schwarz-Gelb nicht behaupten kann. Frau Merkel ist gegen eine Vermögensabgabe, Frau Merkel ist auch gegen eine Vermögenssteuer. Frau Merkel ist auch gegen eine höhere Besteuerung großer Erbschaften. Arme belasten, kein Problem, aber Superreiche stärker besteuern, das geht ja gar nicht. Und damit das auch in Zukunft so bleibt, versuchen Merkel und andere jetzt im Wahlkampf, den Menschen einzureden, die Steuerpläne der Opposition, die auch wir vertreten, die Arbeitnehmerschaft, den Mittelstand, die Mittelschicht und weite Teile der Bevölkerung schröpfen würden. Wollen sie uns so weismachen, dass die Leistungsträger bestraft und die Wirtschaft beschädigt würden?

Alles Schmarr'n, Kolleginnen und Kollegen. Die Vermögensbesteuerung wird bei dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung deren Konsum, da können wir sicher sein, nicht abwürgen, und arm werden die deswegen auch nicht. Und diese Millionäre und Milliardäre werden deswegen doch nicht alle weglaufen, bloß weil sie etwas stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben herangezogen werden. In Frankreich ist die Erbschaftsbesteuerung viermal so hoch wie bei uns, in Großbritannien ist sie fünfmal so hoch. Und ich frage, Kolleginnen und Kollegen, haben wir deswegen schon mal etwas von einem Massenauszug britischer und französischer Millionäre nach Deutschland gehört? Nee, nee, Kolleginnen und Kollegen.

Und überhaupt, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freund, dieser Versuch, so zu tun, als seien sehr hohe Vermögen und Einkommen für entsprechende hohe Leistungen,

immer wieder dieselbe Bluffnummer, man kann es langsam nicht mehr hören. Dass der Quandt-Clan Jahr für Jahr in den letzten Jahren für seine BMW-Aktien ca. 300 Millionen Dividende ausgezahlt bekommen hat, hat doch nichts mit Leistung zu tun. Dafür hat es etwas damit zu tun, in welche Familie man hineingeboren wird, und mit Leistung eben nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ende 1980er Jahre war das Gehalt von DAX 30-Vorständen ca. 14mal so hoch wie das Durchschnittseinkommen der bei ihnen Beschäftigten. Heute ist es 49mal so hoch. Ist die Leistung dieser Vorstände heute 35mal höher als vor dreißig Jahren, Kolleginnen und Kollegen? Das glaubt doch kein Mensch, das glauben die doch vor allem selber überhaupt nicht einmal. Gerecht ist das nicht, gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht anders!

Und damit es gerechterer zugeht in unserer Gesellschaft, müssen die starken Schultern mehr tragen als bisher, und dazu dient die stärkere Besteuerung der großen Vermögen und Erbschaften. Dies ist vernünftig, gerecht, wirtschaftlich und sozial geboten. Genauso wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Einkommen oberhalb 80.000 bzw. 100.000 Euro. Da können CDU und FDP noch so oft behaupten, das treffe viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist und bleibt ein Schmarr'n, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Durchschnittseinkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt zurzeit bei 32.000 Euro im Jahr. 32.000 Euro im Jahr, das ist meilenweit entfernt von dem Niveau, bei dem Rot-Grün den Spitzensteuersatz in Zukunft beginnen lassen wollen. Tatsächlich kommt es für viele, ja für die Mehrheit sogar zu einer Entlastung. Stärker belastet werden nur die reichsten 5 Prozent der Haushalte. Das hat jetzt auch das DIW, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bestätigt. Und das hat den FDP-Spitzenkandidaten Rainer Brüderle dazu gebracht zu sagen, ich zitiere, das zeige „den ganzen Wahnsinn der rot-grünen Steuerpolitik“. (Zitatende)

Da fasst man sich an den Kopf, Kolleginnen und Kollegen. Wer sagt, dass die die stärkere Besteuerung der reichsten 5 Prozent ein Wahnsinn sei, der hat sie doch nicht mehr alle, Kolleginnen und Kollegen. Da fragt man sich doch: Überwiegt da Dummheit oder Dreistigkeit? Für wie dumm, glaubt die FDP-Truppe eigentlich, die Wählerinnen und Wähler halten zu können?

Und was macht Frau Merkel? Die hat jetzt im Wahlkampf ein paar satte Versprechungen gemacht, natürlich alles ohne Steuererhöhungen und ohne zusätzliche Verschuldung. Peinlich nur, dass ein paar findige Journalisten nachgerechnet und festgestellt haben: Mensch, das, was die Merkel da verspricht, das kostet ja richtig Geld, das kostet ja 30 bis 40 Milliarden Euro zusätzlich, jedes Jahr. Und wie soll das gehen ohne Steuererhöhungen und ohne zusätzliche Schulden? Das haben sie sich und die CDU-Zentrale gefragt, die geantwortet hat, das werde alles über zusätzliche Steuermehreinnahmen finanziert. Da ist nur der Haken, dass die CDU-Zentrale übersehen hat, dass diese Mehreinnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung alle schon verplant sind, und zwar von der CDU/CSU-Bundestagfraktion, die diese Einnahmen für den Haushaltsausgleich verwenden will. Peinlich für die CDU-Zentrale, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Woraufhin der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder in die Presse geht und sagt, das, was die CDU-Spitzenkandidatin da gesagt habe, das stehe natürlich alles, alles unter Haushaltsvorbehalt. Mit anderen Worten, das war alles nicht so ernst gemeint. Kolleginnen

und Kollegen, klare Sprache, auch hier gilt: Für wie blöd halten die uns eigentlich? Verarschen können wir uns auch allein. Dafür brauchen wir weder Brüderle noch Schwesterle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Frau Merkel will von gerechterer Besteuerung in diesem Land nichts hören. Wir aber schon. Wir wissen, spätestens, wenn beim nächsten Kriseneinbruch die Steuereinnahmen nicht mehr strömen, werden beim Bund, bei den Ländern und den Gemeinden neue Kürzungspläne auf die Tagesordnung kommen. Was dann bei Schwarz-Gelb ansteht, sind Gebührenerhöhungen, Einrichtungsschließungen, verschlechterte Unterrichtsbedingungen und derlei mehr. Die treffen breite Bevölkerungsschichten.

Was wir stattdessen brauchen, ist mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Es ist Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Löhne, die ein anständiges Leben und ein faires Auskommen ermöglichen, es ist Zeit für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, Zeit für eine bessere Alterssicherung, Zeit fairer zu teilen, es ist Zeit für Gerechtigkeit, es ist Zeit, um am 22.9. wählen zu gehen und Schwarz-Gelb abwählen zu gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit.